



Gesundheitswesen blickt ins Wahljahr 2017

Erschienen am 26.01.2017

Wenn bei den alljährlichen Neujahrsempfängen der deutschen Ärzteschaft und des Bundesverbands der Freien Berufe (BFB) namhafte Entscheidungsträger und Interessenvertreter zusammenkommen, gilt es mit wichtigen Ansprechpartnern ins Gespräch zu kommen. Der IFK nutzte das Berliner Parkett, um Kooperationen für berufspolitische Anliegen der Physiotherapie zu vertiefen.

Nachdem die Gesetzesinitiative, die osteopathische Therapie in die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung von Physiotherapeuten zu verankern, im vergangenen Jahr kurzfristig scheiterte, suchte die IFK-Vorstandsvorsitzende Ute Repschläger beim Neujahrsempfang der Ärzteschaft u. a. das Gespräch mit dem Vizepräsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Max Kaplan. Nach der gemeinsamen Pressemitteilung von Bundesärztekammer, der Deutschen Gesellschaft für Manuelle Medizin (DGMM), der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) und dem Spitzenverband der Heilmittelverbände (SHV) sind nun weitere gemeinsame Aktivitäten geplant. Ziel ist es, endlich Rechtssicherheit für Physiotherapeuten bei der Ausübung osteopathischer Techniken zu schaffen.

Beim BFB-Neujahrsempfang führten Ute Repschläger und der stellvertretende IFK-Geschäftsführer Dr. Björn Pfadenhauer ein konstruktives Gespräch mit Dr. Günther E. Buchholz, dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung. Anlässlich der im Juli 2017 in Kraft tretenden Heilmittel-Richtlinie für Zahnärzte tauschten sie sich über die neuen Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Richtlinie aus.

Neben den großen Themen Vergütung, Direktzugang und Bürokratieabbau werden im Wahljahr 2017 also noch einige weitere Anliegen auf die politische Tagesordnung gesetzt, um die Physiotherapie weiter voranzubringen.